

pm 17/ Hamburg, 29. April 2015

Erster Belastungstest für rot-grünen Koalitionsvertrag

Wertvolle Biotopverbund-Fläche soll für Hafenzwecke zerstört werden / BUND fordert Einstellung der Planung

Auf Betreiben der Hamburg Port Authority (HPA) soll eine 45 ha große Fläche, die Vollhöfner Weiden (Altenwerder West), in das Hafennutzungsgebiet überführt und als Logistikfläche genutzt werden. Diese Fläche gehört laut aktueller Fachplanung der Umweltbehörde zum Biotopverbund Hamburg, so dass dieses Vorhaben klar gegen den rot-grünen Koalitionsvertrag verstößt. Dieser legt fest, dass Flächen des Biotopverbundes zur „*Sicherung der Lebensräume seltener Arten erhalten und weiterentwickelt werden sollen*“ und „*keine Wohnungsbauflächen darstellen*“. Um die Fachplanung des Biotopverbundes nicht ad absurdum zu führen, muss dieser Passus auch für alle anderen naturzerstörenden Nutzungen auf diesen Flächen gelten. Die HPA muss den seit gestern öffentlich ausliegenden Entwurf für die „Hafenplanungsverordnung Altenwerder West“ deshalb umgehend zurückziehen.

Dem Gebiet Vollhöfner Weiden nördlich des Verlaufs der Alten Süderelbe wird laut Umweltbericht eine hohe Wertigkeit für die Tier- und Pflanzenwelt attestiert. Das Gebiet dient unter anderem als Jagdrevier für sechs Fledermausarten und beherbergt eine Reihe von in Hamburg gefährdeten Tier- und Pflanzenarten. Teile des Plangebietes gehören zudem zum Landschaftsschutzgebiet Moorburg und zum sogenannten Grünen Ring Hamburgs, dessen Schutz ebenfalls im Koalitionsvertrag verankert ist. Ein Ausgleich der ökologischen Funktionen des Gebietes im unmittelbaren Umfeld ist nicht möglich. Die wichtige „Trittstein-Funktion“ des naturnahen Gehölzes ginge damit ersatzlos verloren.

„Die Koalition steht schneller als erwartet vor einer ersten Belastungsprobe im Umweltbereich. Die Aussagen im Koalitionsvertrag sind sehr klar: Flächen des Biotopverbundes stehen für eine Bebauung nicht zur Verfügung. Wir erwarten, dass diese Vereinbarung eingehalten wird und der Senat die HPA umgehend anweist, die Planung einzustellen“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Paul Schmid, Pressesprecher BUND Hamburg, Tel. (040) 600 387 12